

Gemeinsame Pressemitteilung der Kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg vom 15. März 2012

Kommunale Landesverbände diskutieren
kritisch mit Binnenmarkt-Kommissar Barnier

Aktuelle Reform des EU-Vergaberechts droht an der Zielsetzung des Bürokratieabbaus vorbeizulaufen und kommunale Handlungsspielräume weiter einzuschränken

Stuttgart Mit durchaus gemischten Gefühlen gingen Vertreter des Gemeindetags, des Städtetags und des Landkreistags Baden-Württemberg heute aus einem Gespräch mit dem französischen EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier in Künzelsau (Hohenlohekreis). Am Rande einer Tagung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landkreistags Baden-Württemberg hatte die dort beheimatete Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (S&D), Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, zu einem kommunal-europäischen Austausch eingeladen. Im Mittelpunkt der Erörterung mit Kommissar Barnier standen die kommunalkritischen Reform-Vorschläge seiner Generaldirektion vom letzten Dezember, mit der das EU-Vergaberecht und die entsprechenden Verfahren vereinfacht werden sollen.

„Die grundsätzliche Stoßrichtung, durch eine Überarbeitung der Vorschriften über das öffentliche Auftragswesen zum Bürokratieabbau auch für unsere Gemeinden, Städte und Landkreise hierzulande beizutragen, ist sicherlich zu begrüßen“ betonte der Präsident des Landkreistags Landrat Helmut M. Jahn eingangs. „Allein das vorlegte Ergebnis von über 500 Seiten Rechtstext lässt bereits dem Umfang nach auf keine große Besserung hoffen, zumal jetzt erstmalig auch Dienstleistungskonzessionen in einer eigenständigen Richtlinie EU-weit geregelt werden sollen und damit einmal mehr die Gefahr droht, dass kommunale Handlungsspielräume weiter eingeschränkt werden“.

Kommunalkritische Punkte waren neben der Konzessionsrichtlinie auch das geplante Wegfallen der Vergabefreiheit bei Kommunalkrediten sowie das erstmalige Festschreiben von engen Ausnahmetatbeständen, unter deren Anwendung Interkommunale Zusammenarbeit nicht europaweit ausgeschrieben werden muss. Der Präsident des Gemeindetags Roger Kehle mahnte diesbezüglich an, dass langwierige EU-Vergabefahren der Praxisrealität einer tagesaktuell notwendigen kommunalen Kassenkreditbeschaffung zuwiderlaufen und baden-württembergische Gemeinden, Städte und Landkreise bereits ausreichende kommunalhaushalts- und wirtschaftsrechtliche Vorgaben einzuhalten haben. „Zudem muss gewährleistet werden, dass unter die von der EU-Kommission ins Feld geführte ‘echte Zusammenarbeit’ auch die Kooperation von Kommunen unterschiedlicher Größenordnung und Leistungskraft fällt, damit bewährte kommunale Kooperationsstrukturen wie die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft in Baden-Württemberg nicht durch die vergaberechtliche Hintertür unzulässig in Frage gestellt werden“, so Kehle.

„All diese Punkte machen deutlich, in welcher zunehmenden Tragweite die kommunale Ebene von Europa betroffen ist“, fasste abschließend das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags, Prof. Gläser OB a.D., zusammen. „Aus diesem Grund ist der nachhaltige Kontakt zu unseren Europa-abgeordneten aus dem Land so wichtig, um mit deren Unterstützung nunmehr über unser Brüsseler Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen die örtlichen Positionen der Gemeinden, Städte und Landkreise in den anstehenden EU-Gesetzgebungsprozess zur EU-Vergabe-Reform einzubringen“.

Hintergrund: Gemeinden, Städte und Landkreise stellen gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen in Deutschland bei einem geschätzten bundesweiten Auftragsvolumen von ca. 250 Mrd. Euro pro Jahr die mit Abstand größten öffentlichen Auftraggeber dar. Nach Schätzungen der EU-Kommission wendet die öffentliche Hand in Europa etwa 18 % des BIP für Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge auf. Vor diesem Hintergrund hat eine Vereinfachung und Entbürokratisierung dieses Rechtsbereichs oberste Priorität aus kommunaler Sicht. Eingeleitet wurde der Reform-Prozess bereits mit einer sog. Grünbuch-Konsultation im Januar 2011, an der sich auch die Kommunal Landesverbände beteiligt hatten (http://www.europabuero-bw.de/input/20110712_info_stellungnahmen/stellungnahme%20_buerogemeinschaft_gruenbuch_vergaberecht.pdf). Die konkreten Kommissionsvorschläge vom Dezember 2011 stehen nunmehr zur Beratung im Europäischen Parlament in Brüssel an, wo am 20. und 21. März öffentliche Anhörungen hierzu stattfinden werden.